

**Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung
(BGS EWS)
der Gemeinde Hainsfarth vom
01.07.2009**

Stand einschließlich der ab 01.01.2012 geltenden Änderungssatzung vom 20.12.2011

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Gemeinde Hainsfarth folgende vom Gemeinderat am 30.06.2009 beschlossene

Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung

Inhaltsübersicht

- § 1 Beitragserhebung
- § 2 Beitragstatbestand
- § 3 Entstehen der Beitragsschuld
- § 4 Beitragsschuldner
- § 5 Beitragsmaßstab
- § 6 Beitragssatz
- § 7 Fälligkeit
- § 7 a Ablösung von Beiträgen
- § 8 Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse
- § 9 Gebührenerhebung
- § 9 a Grundgebühr
- § 10 Einleitungsgebühr
- § 11 Gebührenzuschlag
- § 11 a Gebührenabschlag
- § 12 Entstehen der Gebührenschuld
- § 13 Gebührenschuldner
- § 14 Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung
- § 15 Pflichten der Beitrags- und Gebührenschuldner
- § 16 In-Kraft-treten

§ 1
Beitragserhebung

Die Gemeinde Hainsfarth erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung der Entwässerungseinrichtungen in den in § 1 Entwässerungssatzung (EWS) beschriebenen Gebieten je einen Beitrag.

§ 2
Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare oder gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare, sowie für solche Grundstücke erhoben sowie für Grundstücke und befestigte Flächen, die keine entsprechende Nutzungsmöglichkeit aufweisen, auf denen aber tatsächlich Abwasser anfällt, wenn

1. für sie nach § 4 EWS ein Recht zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtung besteht oder
2. sie – auch aufgrund einer Sondervereinbarung – an die Entwässerungseinrichtung tatsächlich angeschlossen sind.

§ 3

Entstehen der Beitragsschuld

(1) Die Beitragsschuld entsteht mit Verwirklichung des Beitragstatbestandes. Ändern sich die für die Beitragserhebung maßgeblichen Umstände im Sinne des Art. 5 Abs. 2 a KAG, entsteht die – zusätzliche – Beitragsschuld mit dem Abschluss der Maßnahme.

(2) Wird erstmals eine wirksame Satzung erlassen und ist der Beitragstatbestand vor dem Inkrafttreten dieser Satzung erfüllt, entsteht die Beitragsschuld erst im Inkrafttreten dieser Satzung.

§ 4

Beitragsschuldner

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist.

§ 5

Beitragsmaßstab

(1) Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und der Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet.

(2) Für den Ansatz der Grundstücksfläche (§ 5 Abs. 1) gilt folgendes:

1. Bei Grundstücken im Bereich eines rechtsverbindlichen Bebauungsplans gilt als Grundstücksfläche die Fläche, auf die sich die Nutzungsfestsetzung im Bebauungsplan bezieht. Grundstücksteile, die über die Grenzen des Bebauungsplanes hinausreichen, bleiben außer Ansatz; wenn jedoch die tatsächliche bauliche oder sonstige Nutzung über die Grenzen des Bebauungsplanes hinausgeht, wird die Tiefe der übergreifenden Nutzung mit angesetzt.

2. Bei Grundstücken in Gebieten, für die sich ein Bebauungsplan in der Aufstellung befindet, ist die Fläche entsprechend der Nr. 1 nach dem Stand der Planungsarbeiten anzusetzen.

3. ¹Bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten sowie in Gebieten, für die ein Bebauungsplan die erforderlichen Festsetzungen nicht enthält, ist die tatsächliche Grundstücksfläche anzusetzen bis zu einer Tiefe von 45 m, gemessen von der Grundstücksgrenze an, die der erschließenden Straße (bzw. dem erschließenden Weg oder Platz) zugewandt ist. ²Reicht die bauliche oder sonstige Nutzung über diese Begrenzung hinaus, so ist die Grundstückstiefe maßgebend, die durch die hintere Grenze der Nutzung bestimmt wird. ³Grundstücksteile, die lediglich die wegemäßige Verbindung zur Erschließungsanlage (Straße, Weg, Platz u.ä.) herstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe unberücksichtigt.

⁴Überschreitet die nach Nr. 3 Sätze 1 bis 3 ermittelte Grundstücksfläche 1.500 Quadratmeter (qm), so ist die Grundstücksfläche

- bei unbebauten Grundstücken auf 1.500 m² zu begrenzen
- bei bebauten Grundstücken mit dem Vierfachen der beitragspflichtigen Geschossfläche (Abs. 4 und 5) anzusetzen. In den Fällen, in denen bei mehr als 1.500 qm großen Grundstücken das Vierfache der beitragspflichtigen Geschossfläche weniger als 1.500 qm beträgt, sind mindestens 1.500 qm als Grundstücksfläche in Ansatz zu bringen.

4. Grundstücke, die ohne bauliche Nutzungsmöglichkeit oder die mit einer untergeordneten baulichen Nutzungsmöglichkeit gewerblich oder sonstig genutzt werden oder genutzt werden dürfen, werden mit der Hälfte der Grundstücksfläche angesetzt.

(3) Die Geschossfläche wird für bebaute Grundstücke nach Maßgabe der Absätze 4 und 5 durch Vervielfachung der bebauten Fläche mit einem Geschossflächenfaktor ermittelt.

(4) ¹Die bebaute Fläche wird nach den Außenmaßen der Gebäude ermittelt.

²Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Schmutzwasserableitung auslösen oder die an die Schmutzwasserableitung nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht zum Geschossflächenbeitrag herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder Gebäudeteile, die tatsächlich eine Schmutzwasserableitung haben. Balkone, Loggien und Terrassen bleiben außer Ansatz, wenn und soweit sie über die Gebäudefluchtlinie hinausragen.

(5) Bei bebauten Grundstücken ist als Geschossflächenfaktor anzusetzen,

1. für jedes vorhandene Geschoss, das nicht Dachgeschoss oder Kellergeschoss ist	1,0
2. für Dachgeschosse, die bereits ausgebaut oder für den Ausbau geeignet sind, wenn	
a) nur ein Geschoss i.S.d. Nr. 1 vorhanden ist	0,6
b) mehrere Geschosse i.S.d. Nr. 1 vorhanden sind	0,3
3. für Kellergeschosse, wenn	
a) mindestens 1 Kelleraußenwand in voller Länge um mehr als 2 m aus dem vorhandenen Gelände herausragt oder das Kellergeschoss als Vollgeschoss i.S.d. § 2 Abs. 4 Satz 2 Bayer. Bauordnung anzusehen ist	0,8
b) die Voraussetzungen des Buchstaben a) nicht erfüllt sind	0,5.

Ein Dachgeschoss ist für den Ausbau geeignet, wenn Aufenthaltsräume entsprechend den Vorgaben des Art. 45 Bayer. Bauordnung eingebaut werden können.

(6) Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, sowie bei sonstigen unbebauten Grundstücken wird als Geschossfläche ein Viertel der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht. Grundstücke, bei denen die zulässige oder für die Beitragsbemessung maßgebliche vorhandene Bebauung im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat, gelten als gewerblich genutzte Grundstücke im Sinn des Satzes 1.

(7) Ein zusätzlicher Beitrag entsteht mit der nachträglichen Änderung der für die Beitragsbemessung maßgeblichen Umstände, soweit sich dadurch der Vorteil erhöht.

Eine Beitragspflicht entsteht insbesondere

- im Falle der Vergrößerung eines Grundstücks für die zusätzlichen Flächen, soweit für diese bisher noch keine Beiträge geleistet wurden,
- im Falle der Geschossflächenvergrößerung für die zusätzlich geschaffenen Geschossflächen sowie im Fall des Abs. 2 Nr. 3 Satz 3 für die sich aus ihrer Vervielfachung errechnenden zusätzliche Grundstücksfläche
- im Falle der Nutzungsänderung eines bisher beitragsfreien Gebäudes oder Gebäudeteils im Sinn des Abs. 4 Satz 2, soweit infolge der Nutzungsänderung die Voraussetzungen für die Beitragsfreiheit entfallen.

(8) Wird ein unbebautes Grundstück, für das ein Beitrag entsprechend Absatz 6 festgesetzt worden ist, später bebaut, so wird der Beitrag nach Abzug der nach Absatz 6 berücksichtigten Geschossflächen und den nach Abs. 2 Nr. 3 Satz 3 begrenzten Grundstücksflächen neu berechnet. Dieser Beitrag ist nachzuentrichten.

Ergibt die Gegenüberstellung ein Weniger an Geschossflächen, so ist für die Berechnung des Erstattungsbetrages auf den Beitragssatz abzustellen, nach dem der ursprüngliche Beitrag entrichtet wurde.

(9) Soweit Grundstücke vor Inkrafttreten dieser Beitrags- und Gebührensatzung nach Beitragsund Gebührensatzungen der Gemeinde Hainsfarth und der früher selbständigen Gemeinde Steinhart zu Beiträgen durch bestandskräftige Bescheide herangezogen wurden, sind diese beitragsrechtlichen Tatbestände als abgegolten zu behandeln. In diesem Rahmen geleistete Beiträge gelten als endgültig. Mit dem geleisteten Beitrag ist der bisherige Nutzungsstand der beitragspflichtigen Grundstücke endgültig abgegolten. Beitragstatbestände die nach diesen Satzungen erfasst werden sollten, werden nach den Regelungen dieser Satzungen abgerechnet.

§ 6 Beitragssatz

Der Beitrag beträgt

a) für die an die Entwässerungseinrichtung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 EWS angeschlossenen Grundstücke

pro qm Grundstücksfläche	2,80 €
pro qm Geschossfläche	20,82 €

b) für die an die Entwässerungseinrichtung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 EWS angeschlossenen Grundstücke

pro qm Grundstücksfläche	1,30 €
pro qm Geschossfläche	6,35 €

§ 7 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 7 a Ablösung des Beitrags

Der Beitrag kann vor dem Entstehen der Beitragspflicht abgelöst werden (Art. 5 Abs. 9 KAG). Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 8 Erstattung der Kosten für Grundstücksanschlüsse

(1) Der Aufwand für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse i.S.d. § 3 EWS sind mit Ausnahme des Aufwandes, der auf die im öffentlichen Straßengrund liegenden Teile der Grundstücksanschlüsse entfällt, in der jeweils tatsächlich entstandenen Höhe zu erstatten.

(2) Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme. § 7 gilt entsprechend. Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Erstattungsanspruchs Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist.

(3) Der Erstattungsanspruch kann vor seinem Entstehen abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Erstattungsanspruchs. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 9 Gebührenerhebung

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der Entwässerungseinrichtung Grundgebühren und Einleitungsgebühren.

§ 9 a Grundgebühr

(1) Die Grundgebühr wird nach dem Nenndurchfluss der verwendeten Wasserzähler berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück nicht nur vorübergehend mehrere Wasseranschlüsse, so wird die Grundgebühr nach der Summe des Nenndurchflusses der einzelnen Wasserzähler berechnet. Soweit Wasserzähler nicht eingebaut sind, wird der Nenndurchfluss geschätzt, der nötig wäre, um bei der möglichen Wasserentnahme das Wasser messen zu können.

(2) Die Grundgebühr beträgt pro Jahr bei der Verwendung von Wasserzählern der Nenngröße

- | | |
|------------------------------|----------|
| a) bis 20 m ³ /h | 30,00 € |
| b) über 20 m ³ /h | 48,00 €. |

§ 10 Einleitungsgebühr

(1) Die Einleitungsgebühr wird nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze nach der Menge der Abwässer berechnet, die der Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt werden. Die Gebühr beträgt pro Kubikmeter (m³) Abwasser

für den Ortsteil Hainsfarth	2,20 €
für den Ortsteil Steinhart	2,35 €.

2) Als Abwassermenge gelten die dem Grundstück aus der Wasserversorgungsanlage und der Eigengewinnungsanlage zugeführten Wassermengen abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen, soweit der Abzug nicht nach Absatz 4 ausgeschlossen ist. Die Wassermengen werden durch geeichten Wasserzähler ermittelt. Sie sind von der Gemeinde zu schätzen, wenn

1. ein Wasserzähler nicht vorhanden ist, oder
2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird, oder
3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Wasserzähler den wirklichen Verbrauch nicht angibt.

Werden die Wassermengen nicht vollständig über Wasserzähler erfasst, werden als dem Grundstück aus der Eigengewinnungsanlage zugeführte Wassermenge pauschal 15 m³ pro Jahr und Einwohner, der zum Stichtag 30.06. mit Wohnsitz auf dem heranzuziehenden Grundstück gemeldet ist, neben der tatsächlich aus der öffentlichen Wasserversorgung abgenommenen angesetzt, insgesamt aber nicht weniger als 33 m³ pro Jahr und Einwohner. In begründeten Einzelfällen sind ergänzende höhere Schätzungen möglich. Es steht dem Gebührenpflichtigen frei, den Nachweis eines niedrigeren Wasserverbrauchs zu führen; Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) ¹Der Nachweis der verbrauchten und der zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen. ²Er ist grundsätzlich durch geeichte und verplombte Wasserzähler zu führen, die der Gebührenpflichtige auf eigene Kosten fest zu installieren hat. ³Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Viehhaltung gilt für jedes Stück Großvieh bzw. für jede Großvieheinheit eine Wassermenge von 17 m³/Jahr als nachgewiesen.

Für die Umrechnung des Viehbestandes auf Großvieheinheiten (GVE) gelten folgende Werte:

Tierarten	GVE
1. Pferde, 3 Jahre alt und ältere	1,00
Pferde unter 3 Jahren	0,70
2. Milchkühe	1,30
Zuchtbullen	1,20
Ammen- und Mutterkühe, Schlacht- und Masttiere, Färsen	1,00
Jungvieh, 1 bis 2 Jahre alt	0,70
Jungvieh unter 1 Jahr	0,30
3. Schafe, 1 Jahr und älter	0,10
Schafe unter 1 Jahr	0,05
4. Zuchteber und –sauen	0,40
Mastschweine über 80 kg	0,20
Läufer zwischen 20 und 80 kg	0,10
Ferkel	0,10

⁵Maßgebend ist die im Abrechnungsjahr durchschnittlich gehaltene Viehzahl.

⁶Der Nachweis der Viehzahl obliegt dem Gebührenpflichtigen; er kann durch Vorlage des Bescheids der Tierseuchenkasse erbracht werden.

(4) Vom Abzug nach Absatz 3 sind ausgeschlossen

- a) Wassermengen bis 12 cbm jährlich,
- b) das hauswirtschaftlich genutzte Wasser und
- c) das zur Speisung von Heizungsanlagen verbrauchte Wasser.

(5) Im Fall des § 10 Abs. 3 Sätze 3 bis 6 ist der Abzug auch insoweit begrenzt, als der Wasserverbrauch 33 m³ pro Jahr und Einwohner, der zum Stichtag 30.06. mit Wohnsitz auf dem heranzuziehenden Grundstück gemeldet ist, unterschreiten würde. In begründeten Einzelfällen sind ergänzende höhere betriebsbezogene Schätzungen möglich.

§ 11 Gebühreuzuschläge

Für Abwasser im Sinn des § 10 dieser Satzung, deren Beseitigung einschließlich der Klärschlammabeseitigung (Beseitigung) Kosten verursacht, die die durchschnittlichen Kosten der Beseitigung von Hausabwasser von mehr als 30 v.H. (Grenzwert) übersteigen, wird ein Zuschlag in Höhe des den Grenzwert übersteigenden Prozentsatzes des Kubikmeterpreises erhoben.

§ 11 a Gebührenabschlag

¹Die Einleitungsgebühren nach § 10 Abs. 1 ermäßigen sich um 10 v. H.,

- a) für die Wassermenge, die aus einer Regenwassernutzungsanlage der Entwässerungseinrichtung zugeführt wird,

b) für die nach den Sätzen 2 und 3 berechnete Abwassermenge, wenn Niederschlagswasser von einer überdachten Fläche von mehr als 50 qm einer genehmigten Versickerungseinrichtung zugeführt wird. ²Der Berechnung der Abwassermenge nach Satz 1 Buchstabe b) wird eine Niederschlagsmenge von 0,5 Kubikmeter pro Quadratmeter überdachter Fläche, von der Niederschlagswasser der genehmigten Versickerungseinrichtung zugeführt wird, zugrundegelegt. ³Wird neben einer Versickerungseinrichtung auch eine Regenwassernutzungsanlage betrieben, für die eine Ermäßigung der Einleitungsgebühren nach Satz 1 Buchstabe a) gewährt wird, verringert sich die nach Satz 2 errechnete Abwassermenge um die Wassermenge, die aus der Regenwassernutzungsanlage der Entwässerungseinrichtung zugeführt wird.

§ 12

Entstehen der Gebührenschuld

(1) Die Grundgebühr entsteht erstmals mit dem Tag, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt. Der Tag wird im erstmals ergehenden Bescheid bestimmt. Im Übrigen entsteht die Grundgebühr mit dem Beginn eines jeden Tages in Höhe eines Tagesbruchteils der Jahresgrundgebührenschild neu.

(2) Die Einleitungsgebühr entsteht mit jeder Einleitung von Abwasser in die Entwässerungseinrichtung.

§ 13

Gebührenschildner

(1) Gebührenschildner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld Eigentümer des Grundstücks oder ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist.

(2) Gebührenschildner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebs.

(3) Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner; dies gilt auch soweit Wohnungseigentümer gemeinsam haften.

§ 14

Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung

(1) Die Einleitung wird jährlich abgerechnet. Die Grund- und Einleitungsgebühr werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

(2) Auf die Gebührenschuld sind zum 15.06., 15.08. und 15.11. jeden Jahres Vorauszahlungen in Höhe eines Drittels der Jahresabrechnung des Vorjahres zu leisten. Fehlt eine solche Vorjahresabrechnung, so setzt die Gemeinde die Höhe der Vorauszahlungen unter Schätzung der Jahresgesamteinleitung fest.

§ 15
Pflichten des Beitrags- und Gebührenschuldners

Die Beitrags- und Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde für die Höhe der Schuld maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang der Veränderungen - auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen - Auskunft zu erteilen.

§ 16
Inkrafttreten

(1) Die Satzung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 15.05.2005 in der Fassung der Änderungssatzung vom 16.12.2005 außer Kraft.

Hainsfarth, 01.07.2009
Gemeinde Hainsfarth

B o d e n m ü l l e r
1. Bürgermeister